



Medienkonferenz Schlussbericht Legislaturrichtlinien vom Dienstag, 26. August 2008, 9.30 Uhr

REFERAT VON GEMEINDERÄTIN EDITH OLIBET, DIREKTORIN FÜR BILDUNG,
SOZIALES UND SPORT

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Medienschaffende

Der erste Sozialbericht der Stadt Bern zeigt: Bern nimmt seine soziale Verantwortung in hohem Mass wahr. Zahlreiche Angebote und Dienstleistungen der Stadt Bern haben in den letzten vier Jahren massgeblich dazu beigetragen. Die Legislaturbilanz zeigt: Der Gemeinderat hat den Legislaturzielen Taten folgen lassen, Investitionen in Menschen jeden Alters getätigt und damit zur Erhöhung der Lebensqualität der Bernerinnen und Berner beigetragen.

Ich beschränke mich aufgrund meines Zeitbudgets in meiner Bilanz auf die jungen Menschen. Erfreut stelle ich fest: Die Stadt hat die Volksschule gestärkt. Eltern und Kinder ab Geburt bis zum Schulaustritt gezielt unterstützt und gefördert. Viele Schnittstellen auf dem Weg bis zum Berufseinstieg mit gezielten Massnahmen zu Nahtstellen gemacht. Junge Erwachsene erfolgreich in die Arbeitswelt integriert.

Fangen wir für die Legislaturbilanz bei den jüngsten Bewohnerinnen und Bewohnern der Stadt an: Früherfassung und frühe Förderung, um Defizite in der kindlichen Entwicklung auszugleichen und Chancengleichheit zu erreichen:

1. Das im 2006 vom Gemeinderat verabschiedete Frühförderungskonzept sieht *Förderangebote* in Kindertagesstätten und Spielgruppen sowie Hausbesuche für benachteiligte Familien vor – damit hat Bern schweizweit eine Pionierrolle. Die Drittfinanzierung ist gesichert, die Umsetzung im Gange samt wissenschaftlicher Evaluation und Massnahmenmonitoring.
2. Die Zahl der familienergänzenden Kinderbetreuungsplätze (ohne Tagesschulen und Tageseltern) wurde um 131,5 Plätze erhöht. Mehr Eltern können Familie

und Beruf unter einen Hut bringen im Wissen, dass ihre Kinder gut betreut und gefördert werden.

3. Das „MuKi-Angebot“, welches *Deutsch für Vorschulkinder und ihre Eltern* anbietet, wurde bis zum Schuljahr 2007/2008 von einem auf sieben Angebote ausgebaut. Es wird in allen Schulkreisen angeboten.
4. Die systematische *Sprachförderung* im Kindergarten ist eingeführt. In der Legislaturperiode bewilligte der Kanton jährlich ca. 520 Lektionen.

Grösste Herausforderung in der Volksschule ist die Heterogenität - Integration eine Kernaufgabe. Der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedürfnissen ist gewachsen. In dieser Legislatur wurde

1. Die *Schulsozialarbeit* im geplanten Mass eingeführt; ein weiterer Ausbau ist im Produktegruppenbudget 2009 enthalten.
2. *AVANTI Berufswahlwochen-Projekte*, welche die geschlechterspezifische Berufswahl von Schulabgängerinnen und –abgängern thematisieren, wurden jährlich drei Mal durchgeführt.
3. Das Tagesschulnetz ist flächendeckend ausgebaut und leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration und Chancengleichheit.
4. Die Arbeiten für das städtische Integrationskonzept zur Umsetzung von Art. 17 VSG sind im Gange. Als Zielvorgabe gilt u.a.: alle Kinder sind grundsätzlich innerhalb der Regelklasse zu fördern und zu fordern.

Nach der obligatorischen Schulzeit, der Sekundarstufe I, fanden dank gezielter Massnahmen in den letzten vier Jahren mehr Jugendliche eine Anschlusslösung.

1. Die *Arbeitslosenquote ging bei den 15-19-Jährigen* zwischen 2005 bis Juni 2008 von 4,7 Prozent auf 2,9 Prozent zurück. Diejenige bei den 20-24-Jährigen in der gleichen Zeitspanne von 5,7 Prozent auf 2,8 Prozent - Legislaturziel erreicht. Die Arbeitslosenquote der Stadt Bern lag im Mai 2008 bei 2,9 Prozent, 2005 bei 4,4 Prozent.
2. Nach wie vor sind *junge Erwachsene mit Migrationshintergrund* stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Jugendliche mit Schweizer Pass. Aber, der Rückgang der Arbeitslosenquote bei den Jugendlichen ohne Schweizer Pass (minus 4%) ist deutlicher ausgefallen als für die Arbeitslosen mit Schweizer Pass (minus 1,7%). Dank „inizio“ wurden von März 2006 bis März 2008 106 neue Lehrstellen akquiriert. Erreichen konnte die Stadt auch eine Mitfinanzierung von

Kanton und Bund. Die Zahl der Ausbildungsplätze in der städtischen Verwaltung erhöhte sich um mehr als 50 %.

3. Das Kurz-*Abklärungsangebot MiniMax für junge Erwachsene in der Sozialhilfe*, welches drei Tage dauert, wurde im März 2007 begonnen. Insgesamt wurden 91 Jugendliche abgeklärt und mit ihnen konkrete Schritte mit Blick auf den Arbeitsmarkt entwickelt.
4. Im niederschweligen Qualifizierungs- und Vermittlungsangebot, dem Motivationssemester stehen 50 Jahresplätze – das sind 15 mehr als im 2005 – für junge Erwachsene in der Sozialhilfe zur Verfügung.
5. Das niederschwellige Integrationsprojekt für Jugendliche (NIP) wurde nach 1,5-jähriger Pilotphase und positiver Evaluation als lastenausgleichberechtigtes Regelangebot anerkannt und gesichert.

Ziel war und muss es auch in Zukunft sein: Ein gelungener Einstieg in die Schule und ein gelungener Übergang in die Ausbildung. Kein Jugendlicher, keine Jugendliche verlässt die Schule ohne Anschlusslösung. Alle erreichen einen Abschluss auf der Sekundarstufe II. Diese Zielsetzung teilen wir mit Kanton, Bund und der Wirtschaft.

Ich komme zum Schluss. Die Legislaturbilanz zeigt: Der Gemeinderat hat seine soziale Verantwortung in dieser Legislatur wirkungsvoll wahrgenommen. Bern leistete Pionierarbeit und ebnete damit auch andern Gemeinwesen den Weg. Früh zu beginnen, was gut enden soll, in Menschen zu investieren, sie in ihrer Eigenverantwortung zu stärken, ihre Ressourcen zu erhalten und zu vermehren, heisst Vorsorgen für später. Die Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation war eine Leitschnur für den Gemeinderat in dieser Legislatur und die Bilanz ist positiv.